» Ein Fokus auf Alleinerziehende

Die oft sehr schwierige materielle Situation Alleinerziehender mit der Folge von Armut der betroffenen Kinder kann mit vielen Maßnahmen bekämpft werden. Dazu gehört eine umfassende, bedarfsgerechte Kinderbetreuung, die gerade für die besonderen Bedürfnisse dieser Gruppe noch lange nicht ausreichend oder zu teuer ist. Insbesondere die finanzielle Unterstützung gewaltbetroffener Frauen und Kinder muss bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Modelle der Integration in Arbeit und (Teilzeit-)Ausbildung sind zu unterstützen.

» Mehr Inklusion und Barrierefreiheit

Inklusion als Leitgedanke einer Stadtgesellschaft geht weit über den Bereich der Menschen mit Behinderungen hinaus und bedeutet Abschaffung aller Barrieren und Ausgrenzungen und ermöglicht so die soziale Teilhabe aller. An einer weitgehenden Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, insbesondere des ÖPNV, muss weiter intensiv gearbeitet werden. Dazu gehören vielfältige inklusive Angebote in allen Lebensräumen, bei Firmen, Einrichtungen sowie sozialen und kulturellen Institutionen. Auch digitale Angebote sind barrierefrei zu gestalten, außerdem soll schulische Bildung inklusiv gestaltet werden. Für Familien mit Kindern mit Behinderungen braucht es ausreichende einkommensunabhängige Entlastungsangebote. Bislang fehlende Angebote zur Kurzzeitpflege von Kindern und Jugendlichen sollten umgehend geschaffen werden.

»Sozialpolitische Forderungen für die Gemeinderatswahl 2019

Das Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung ist ein offener Zusammenschluss von 53 sozialen Organisationen, der sich seit 14 Jahren gegen Armut und Ausgrenzung, also für soziale Integration, engagiert. Aus unserer täglichen beruflichen Arbeit wissen wir viel über die sozialen Notwendigkeiten und die Nöte der Menschen in schwierigen Lebenslagen. Wir möchten aktiv dazu beitragen, dass Heidelberg sich zu einer Stadt des sozialen Ausgleichs weiter entwickelt und verstehen uns als Lobby für arme und von sozialer Teilhabe ausgegrenzte Menschen.

Aus unserer Arbeit heraus haben wir Forderungen zu übergreifenden sozialen Themen entwickelt, deren Wichtigste wir in diesem Flyer skizzieren. Wir legen sie den Kandidierenden bei der Kommunalwahl vor. Die von den Stadträt*innen 2014 bewertete und auch heute noch aktuelle Liste der „Wahlprüfsteine 2014" finden Sie unter www.das-heidelberger-buendnis.de/wahlpruefsteine-2.

www.das-heidelberger-buendnis.de

Das Heidelberger Bündnis will Ihnen unsere Argumente an die Hand geben, damit Sie sich mit den Kandidatinnen und Kandidaten inhaltlich auseinandersetzen können.

2014 haben wir mit den „Wahlprüfsteinen 2014“, die heute noch eine hohe Aktualität haben, die Diskussion über längerfristig wirksame Ziele und Maßnahmen begonnen. Sie geht in der nun kommenden Amtsperiode weiter. Die nachfolgenden Forderungen fassen unsere aktuell wichtigsten thematisch übergreifenden Anliegen zusammen.

www.das-heidelberger-buendnis.de/wahlpruefsteine-2

WAS HEIDELBERG BRAUCHT:

» Eine wirksame Sozialplanung

Im vergangenen Jahr wurde ein ausführlicher Bericht zur sozialen Lage erstellt. Wie dort dargelegt fordern wir die Institutionalisierung einer wirksamen Sozialplanung mit längerfristigen Zielen, entwickelten Strategien, Strukturen und der Benennung der notwendigen Ressourcen. Sie soll einen klaren Umsetzungsplan für einen Zeitraum von mindestens 5 Jahren für eine gezielte Weiterentwicklung der sozialen Strukturen in Heidelberg erarbeiten.

» Mehr Wohnraum für besonders benachteilige Menschen

- Da der Heidelberger Wohnungsmarkt für Menschen mit mittleren, unteren und unterstem Einkommen zu teuer ist, sollte ab jetzt bei neuen Wohnbauprojekten das wohnungspolitische Konzept Marc-Twain-Village mit 70% geförderten Wohnungen angewandt werden. Im Bestand von GGH und Baugenossenschaften sollte für Geringverdiener ein System einkommensabhängiger Mieten entwickelt werden. Auch bürgerschaftliche Bau- und Wohngruppen-Projekte sollen als Träger sozial wirksamen Wohnungsbaus gefördert werden.
- Für die in Einrichtungen und Beratungsstellen betreuten Menschen in schwierigen Lebenslagen brauchen wir ein jährliches festes Kontingent preisgünstiger Wohnungen. Nur so können Menschen mit Transfereinkommen, Krankheiten, Verschuldungen, Migrationshintergrund sowie Alleinerziehende, die alle besondere Schwierigkeiten am Wohnungsmarkt haben, eine Wohnung bekommen, um sich wieder am Leben zu integrieren. Hiervon muss auch eine ausreichende Anzahl barrierefrei sein. Nötig ist ein Kontingent von etwa 100-150 Wohnungen im Jahr.
- Wohnungen für besonders benachteiligte Menschen sollten dezentral vergeben werden. Das System der temporären Notwohnungen soll auf das absolut notwendige Minimum reduziert werden. Notwohngebiete sollen abgeschafft werden.

» Eine günstigere Mobilität in der ganzen Region

Das Heidelberger Sozialticket gibt es seit 2013. Es ist ein guter Ansatz, der aber noch nicht ausreichend ist, weil es für Grundsicherungsbezieher immer noch zu teuer ist. Vor allem aber ist es nicht ausreichend wirksam im gesamten Verkehrsgebiet des regionalen Verkehrsverbundes. Das Leben hört nicht an der Heidelberger Stadtgrenze auf.

Heidelberg muss daher in der Region für eine soziale Verbund Netzkarte nach dem Konzept des Metropoltickets Plus werben und streiten.

» Mehr Raum für Begegnung in allen Stadtteilen

Ein stadtweites Konzept für wohnortnahe und zielgruppenübergreifende Begegnungszentren in allen Stadtteilen als Weiterentwicklung der bisherigen Ansätze mit Seniorenzentren, Quartiersmanagement und Stadtteilstrukturen, wie Stadtteilvereinen und örtlichen „Sozialeinrichtungen“, soll entwickelt und umgesetzt werden. Ziel sind generationenübergreifende soziale Begegnungszentren in allen Stadtteilen.

» Weniger Langleistungsbezieher in der Grundsicherung

Ein System von strukturellen, niederschwelligen und aufeinander aufbauenden „Förderketten“ für die Langleistungsbezieher soll als ein stabiler, finanzierter, sozialer Arbeitsmarkt unter Nutzung des Instruments der sozialen Auftragsvergabe aufgebaut werden. Die Stadt selbst ist hier Akteur in Kooperation mit den sozialen Einrichtungen, um in Abstimmung mit dem Jobcenter eine Strategie und eine gute Struktur zu entwickeln.

» Mehr Aufnahme von Geflüchteten

Die Stadt Heidelberg hat eine gute Struktur für die Aufnahme von Menschen auf der Flucht. Diese kann - so lange es das PHV gibt – für freiwillige Aufnahmen genutzt werden, da es für eine lebendige und vielfältige Stadtgesellschaft auch diese Gruppe braucht. Die qualifizierte und unabhängige Beratung für Menschen mit Migrationshintergrund durch freie Träger sollte ausgebaut werden, auch im Bereich Spracherwerb und der Beschäftigungsintegration gibt es noch viele Aufgaben und Herausforderungen.

HEIDELBERGER BÜNDNIS GEGEN ARMUT UND AUSGRENZUNG